



**Geschäftsführung
Verkehrsausschuss**

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 29.09.2015

Niederschrift

über die **11. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 22.09.2015, 15:33 Uhr bis 17:12 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender:

Herr Bürgermeister Andreas Wolter GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Herr Reinhard Houben	FDP	
Herr Peter Kron	SPD	
Herr Horst Noack	SPD	
Herr Dirk Michel	CDU	
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU	(ab 15.57 Uhr)
Frau Monika Roß-Belkner	CDU	
Herr Lino Hammer	GRÜNE	
Frau Marion Heuser	GRÜNE	
Herr Michael Weisenstein	DIE LINKE	

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jürgen Kircher	SPD	(für RM Ott)
Herr Stephan Pohl	CDU	(für RM van Benthem)

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 11 - 12 Gemeindeordnung NRW

Herr Thomas Hegenbarth PIRATEN

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Jörg Klusemann	SPD	(ab 15.50 Uhr)
Frau Bezirksbürgermeisterin Helga Blömer-Frerker	CDU	
Herr Oliver Czernik	auf Vorschlag der CDU	

Herr Markus Graf	GRÜNE
Herr Joachim Schalke	auf Vorschlag der Grünen
Herr Hans-Peter Vietzke	auf Vorschlag der Grünen
Frau Gunda Wienke	auf Vorschlag von DIE LINKE
Herr Andreas Feld	auf Vorschlag der FDP
Herr Ralph Köhler	auf Vorschlag der CDU

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22, 23, 23a oder 23 b der Hauptsatzung

Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
Herr Dieter Pannecke	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Verwaltung

Herr Klaus Harzendorf	Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Frau Eva Herr	Dezernat für Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing	Dezernat für Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Frau Ricarda Mauksch	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Frau Cornelia Müller	Bauverwaltungsamt
Herr Gerd Neweling	Amt für Brücken und Stadtbahnbau
Herr Stefan Schwamborn	Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Schriftführerin

Frau Angela Krause	Dezernat für Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
--------------------	--

Gäste

Herr Gunther Höhn	KVB AG
-------------------	--------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bezirksbürgermeister Henk Benthem van	CDU
--	-----

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22, 23, 23a oder 23 b der Hauptsatzung

Herr Bernd Fahlenbock	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
-----------------------	---

Ausschussvorsitzender Wolter eröffnet die 11. Sitzung des Verkehrsausschusses und begrüßt alle Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung legt er dar, dass diese wie folgt ergänzt werden soll:

- 1.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 10.09.2015 betr.
Fußgänger- und Radfahrerquerung Tel-Aviv-Straße und Perlengraben
AN/1368/2015
- 1.2 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
14.09.2015 betr.
Anforderungsampeln
AN/1426/2015
- 1.3 Anfrage der Piraten-Gruppe vom 17.09.2015 betr.
Pilotversuch: Rechtsabbiegen bei Rot für Radfahrer?
AN/1442/2015
- 2.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 10.09.2015 betr.
Ortsumgehung Dellbrück/Holweide/Refrath
AN/1033/2015
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22.09.2015
AN/1459/2015
- 6.1 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe, Haltestelle Rathaus
Verlängerung des Aufzuges bis zur Ebene Bürgerstraße und Verlegung in das
"Rote Haus"
Hier: Nachfragen aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am 25.08.2015
und der Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft am 31.08.2015
2784/2015
Tischvorlage
- 7.3 Unfallhäufungen und tödliche Verkehrsunfälle des Jahres 2014 im Kölner
Stadtgebiet
hier: Mündliche Nachfrage zur City-Light-Säule (CLS) an der Einmündung
Subbelrather Straße/Abfahrt von BAB A57 in der Sitzung am 25.08.2015, TOP
7.6
2625/2015

- 7.4 Busbahnhof Breslauer Platz – Nutzung der freiwerdenden Fernbuswarteplätze ab November 2015
2799/2015
Tischvorlage

Darüber hinaus bittet die Verwaltung, TOP

- 7.2 Erstellung eines integrierten Handlungskonzeptes (IHK) "Starke Veedel - Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten" für die neue EU-Förderperiode 2014-2020 im Rahmen des Aufrufs der Landesregierung "Starke Quartiere - starke Menschen" - Gemeinsamer Aufruf zu den Programmen des EFRE, des ELER und des ESF (2014-2020) zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung
2489/2015

vorzuziehen; hierzu sei Herr Schwamborn vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik anwesend.

Der Ausschuss ist mit diesen Ergänzungen einverstanden und beschließt demnach folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 1.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 10.09.2015 betr.
Fußgänger- und Radfahrerquerung Tel-Aviv-Straße und Perlengraben
AN/1368/2015
- 1.2 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.09.2015 betr.
Anforderungsampeln
AN/1426/2015
- 1.3 Anfrage der Piraten-Gruppe vom 17.09.2015 betr.
Pilotversuch: Rechtsabbiegen bei Rot für Radfahrer?
AN/1442/2015

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 20.08.2015 betr.
Schaffung eines Gleisdreiecks Deutzer Freiheit und einer rein rechtsrheinischen Linie 8
AN/1122/2015

2.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 10.09.2015 betr.
Ortsumgehung Dellbrück/Holweide/Refrath
AN/1033/2015

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen
AN/1459/2015

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

3.1 Einrichtung einer P+R-Anlage an der Haltestelle Niehl
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Nippes vom 18.06.2015, TOP: 8.1.7
1883/2015

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Verkehrskonzept Bayenthal/Marienburg
0263/2015

4.2 Erweiterung der P+R-Anlage in Weiden West
hier: Grundsatz- und Bedarfsfeststellungsbeschluss
0282/2015

4.3 Zielkonzept Radverkehrskonzept Innenstadt
1801/2015

4.4 Fahrbahnsanierung Ulrichgasse
hier: Berücksichtigung Radverkehr
0293/2015

Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 20.08.2015
AN/1228/2015

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.1 Planung einer Lärmschutzwand am Baugebiet Josef-Kallscheuer-Straße in Köln-Sürth
0254/2015
- zurückgezogen -

5.2 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Im Langen Bruch/Bruchfeld von Im Langen Bruch 19 bis Bruchfeld 22 in Köln-Brück 2209/2015

5.3 Vierzehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages 2324/2015

5.4 247. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 2425/2015

5.5 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Drehbrücke Deutzer Hafen
Planungsleistungen für die Generalsanierung
2150/2015

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe, Haltestelle Rathaus
Verlängerung des Aufzuges bis zur Ebene Bürgerstraße und Verlegung in das "Rote Haus"
Hier: Nachfragen aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am 25.08.2015 und der Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft am 31.08.2015
2784/2015

7 Mitteilungen der Verwaltung

7.1 Umgestaltung der Kalker Hauptstraße in Köln - Kalk
2217/2015

7.2 Erstellung eines integrierten Handlungskonzeptes (IHK) "Starke Veedel - Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten" für die neue EU-Förderperiode 2014-2020 im Rahmen des Aufrufs der Landesregierung "Starke Quartiere - starke Menschen" - Gemeinsamer Aufruf zu den Programmen des EFRE, des ELER und des ESF (2014-2020) zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung
2489/2015

7.3 Unfallhäufungen und tödliche Verkehrsunfälle des Jahres 2014 im Kölner Stadtgebiet
hier: Mündliche Nachfrage zur City-Light-Säule (CLS) an der Einmündung Subbelrather Straße/Abfahrt von BAB A57 in der Sitzung am 25.08.2015, TOP 7.6
2625/2015

- 7.4 Busbahnhof Breslauer Platz – Nutzung der freiwerdenden Fernbuswarteplätze ab November 2015
2799/2015

8 Mündliche Anfragen

- 8.1 Bau des Parkhauses Porz-Wahn
Mündliche Anfrage des RM dos Santos Herrmann
- 8.2 Kommunales Investitionsprogramm
Mündliche Anfrage des RM dos Santos Herrmann
- 8.3 Baumaßnahme Kämpchenshof
Mündliche Anfrage der SE Wienke
- 8.4 Induktionsschleifen an Ampelanlagen
Mündliche Anfrage des RM Hegenbarth
- 8.5 Sachstand zur Bus-Anbindung der Zollstock-Arkaden
Mündliche Anfrage des RM Heuser

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 15 Mitteilungen der Verwaltung**
- 16 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

A Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 10.09.2015 betr. Fußgänger- und Radfahrerquerung Tel-Aviv-Straße und Perlengraben AN/1368/2015

Die Beantwortung erfolgt in der kommenden Sitzung.

1.2 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.09.2015 betr. Anforderungsampeln AN/1426/2015

Die Beantwortung erfolgt in der kommenden Sitzung.

1.3 Anfrage der Piraten-Gruppe vom 17.09.2015 betr. Pilotversuch: Rechtsabbiegen bei Rot für Radfahrer? AN/1442/2015

Die Beantwortung erfolgt in der kommenden Sitzung.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 20.08.2015 betr. Schaffung eines Gleisdreiecks Deutzer Freiheit und einer rein rechts- rheinischen Linie 8 AN/1122/2015

➤ Der Antrag wurde von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen.

2.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 10.09.2015 betr. Ortsumgehung Dellbrück/Holweide/Refrath AN/1033/2015

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen AN/1459/2015

RM Houben nimmt Stellung zum eingereichten Antrag. Letztendlich sei die FDP-Fraktion nach wie vor der Überzeugung, dass eine Entlastungsstraße notwendig sei.

Kleinere Maßnahmen – wie von der BV Mülheim beschlossen – seien nicht ausreichend.

Die RM dos Santos Herrmann, Michel und Hammer hingegen machen deutlich, dass sie für die geforderte Umgehungsstraße auch in ferner Zukunft keine Chancen auf Realisierung sehen und insofern Maßnahmen umgesetzt werden müssen, die die Anwohner der Bergisch Gladbacher Straße kurz- und mittelfristig entlasten. Zudem könne die Stadt Köln keine Planungen für Bergisch Gladbacher Gebiet beschließen, auch wenn dies durchaus interessant und Ziel fördernd sei.

RM Weisenstein macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass im Gebiet zwischen Dellbrück und der Hauptstraße in Bergisch Gladbach viele Neubauten entstanden seien und dieser Bereich besser an den ÖPNV angebunden werden müsste; die Buslinie 436 sei seines Erachtens nicht mehr ausreichend.

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen:

1. Der Verkehrsausschuss schließt sich der Zielsetzung des einstimmig in der Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim am 27.04.2015 gefassten Beschlusses zur Verbesserung des Verkehrsflusses auf der Bergisch Gladbacher Straße an.
2. Die Verwaltung wird gebeten, dem Verkehrsausschuss spätestens zur letzten Ausschusssitzung dieses Jahres eine Bewertung der beschlossenen Maßnahmen und einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen vorzulegen.
3. Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, in Kooperation mit der Nachbarstadt, eine durchgängige Radwegeverbindung zwischen Bergisch Gladbach und Köln zu realisieren, um die Verkehrsbelastung auf den bestehenden Verbindungsstraßen in den Stadtteilen Holweide und Dellbrück sowie Refrath zu reduzieren.
4. Der Verkehrsausschuss bittet die Verwaltung darzustellen, wie und mit welchen Kosten, eine Schnellbusverbindung, bis zur Realisierung des 10-Minuten-Takts der S 11, in Kooperation mit Bergisch Gladbach, auf der Achse Otto-Kayser-Straße – Bergisch-Gladbacher-Straße - Mülheimer-Straße bis Bergisch Gladbach Mitte, umgesetzt werden könnte.
5. Darüber hinaus bittet der Verkehrsausschuss die Verwaltung, mit den Tarifverbänden eine Lösung des Tarifgrenzkonfliktes zu erreichen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

3.1 Einrichtung einer P+R-Anlage an der Haltestelle Niehl hier: Beschluss der Bezirksvertretung Nippes vom 18.06.2015, TOP: 8.1.7 1883/2015

RM dos Santos Herrmann signalisiert seitens der SPD-Fraktion Zustimmung zur Verwaltungsvorlage. Sie bittet die Verwaltung jedoch, die Situation vor Ort weiter zu beobachten und bei Bedarf entsprechend zu reagieren. Aus diesem Grunde halte sie einen Ortstermin mit den Kollegen der Bezirksvertretung im 1. Halbjahr 2016 für sinnvoll.

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt, dass an der KVB-Haltestelle Niehl keine P+R-Anlage eingerichtet wird.

Die Verwaltung wird jedoch gebeten, die Entwicklung weiter zu beobachten und im 1. Halbjahr 2016 einen erneuten Ortstermin mit der Bezirksvertretung anzuberaumen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Verkehrskonzept Bayenthal/Marienburg 0263/2015

Geänderter Beschluss (entsprechend der Beschlussfassung der BV Rodenkirchen):

1. Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der versuchsweisen Änderung der Verkehrsführung in Bayenthal und Marienburg gemäß der vorgestellten **Konsensvariante**.
2. Die bislang praktizierte Beteiligungs- und Informationsform der Initiativen wird während des Verkehrsversuches durch die Verwaltung beibehalten. Die Information der betroffenen Bürgerinnen und Bürger Bayenthals und Marienburgs erfolgt gemäß Absprache im Arbeitskreis Marienburg durch die IG Marienburg und den Bürgerverein Köln- Bayenthal- Marienburg e.V..
3. Die Änderung der Verkehrsführung erfolgt zunächst für ein Jahr, wird als Verkehrsversuch klassifiziert und beinhaltet folgende Maßnahmen:
 - Verbot der Einfahrt vom Militärring in den Schillingsrotter Weg
 - Linksabbiegeverbot vom Schillingsrotter Weg auf den Militärring
 - Verbot der Einfahrt von der Bonner Straße, aus Richtung Bayenthalgürtel kommend, in die Lindenallee
 - Linksabbiegeverbot aus der Lindenallee auf die Bonner Straße
 - Direktes Linksabbiegen vom Bayenthalgürtel in die Goltsteinstraße
 - ~~Die Einfahrt in die Leyboldstraße aus Richtung Rodenkirchen über die Konrad-Adenauer-Straße ist unattraktiv zu gestalten. Dies geschieht durch Ummarkierungen der Zufahrt aus Richtung Rodenkirchen. Der sechste Aufzählungspunkt lautet: „Die Geradeausfahrt aus der Konrad-Adenauer-Straße in die Leyboldstraße erfolgt in der kombinierten Linksabbieger-/ Geradeausfahrspur mit deutlich verringerten Grünzeiten.~~
Für Radfahrer ist eine attraktive Verbindung zwischen Leyboldstraße und Konrad-Adenauer-Straße über den Militärring hinweg zu schaffen.“
 - **Die Durchfahrt von der Pferdengesstraße kommend durch die Straße Am Südpark in Richtung Schillingsrotter Weg wird in Höhe des Kinderspielplatzes verboten (unechte Einbahnstraße).**
 - **Bei allen einschränkenden Maßnahmen ist der Radverkehr tunlichst auszunehmen.**
4. Parallel dazu werden Ortstermine mit Vertretern der Verwaltung, Mitgliedern des Arbeitskreises Marienburg und Politikern der Bezirksvertretung Rodenkirchen durchgeführt.
5. Gestützt auf Vorher- und Nachheruntersuchungen werden die Auswirkungen der

Maßnahmen überprüft. Bei Notwendigkeit erfolgt eine Anpassung der Maßnahmen. Falls zusätzliche Maßnahmen zur Erreichung der Ziele erforderlich sind, werden diese den zuständigen Gremien zur Beratung und zum Beschluss vorgelegt.

Bei Bewährung werden die Maßnahmen des Versuchs beibehalten.

- ~~6. Unabhängig von den Änderungen der Verkehrsführung beauftragt der Verkehrsausschuss die Verwaltung mit der Planung des direkten Linksabbiegers Gustav-Heinemann-Ufer, aus Richtung Rodenkirchen kommend, in die Tacitusstraße.~~
7. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie verhindert werden kann, dass der Durchgangsverkehrs zukünftig aus Süden kommend von der Bonner Straße in die Leyboldstraße abbiegt, um dann über die Goethestraße oder Parallelstraßen nach Norden durch Marienburg und anschließend durch Bayenthal zu fahren.
8. Die Umsetzung der Verkehrsberuhigungsmaßnahmen ist vor dem Beginn der Bauarbeiten auf der Bonner Straße (Kanalsanierung, Nord-Süd-Stadtbahn etc.) durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion

4.2 Erweiterung der P+R-Anlage in Weiden West hier: Grundsatz- und Bedarfsfeststellungsbeschluss 0282/2015

SE Blömer-Frerker weist auf den ergänzten, einstimmig gefassten Beschluss der BV Lindenthal hin, der den Verwaltungsvorschlag nicht überfrachte – wie man auf den ersten Blick meinen könnte – sondern vielmehr entlaste, da es hier um die Stärkung des ÖPNV im Kölner Westen gehe. Sie bittet die Anwesenden um Zustimmung. In Absprache mit der KVB und einigen BV-Kollegen sollte die Maßnahme

„Nachtbus ab Köln-Weiden Zentrum und S-Bahn Lövenich nach Widdersdorf und weiter nach Brauweiler.“

jedoch in zwei Schritte aufgeteilt werden.

Vorsitzender Wolter lässt dementsprechend abstimmen.

Geänderter Beschluss (entsprechend der Beschlussfassung der BV Lindenthal):

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, vorbehaltlich gesicherter Finanzierung, mit der Erweiterung der P+R-Anlage in Weiden West um ca. 570 Stellplätze. Dafür soll auf der bereits heute genutzten Parkfläche eine Parkpalette errichtet werden. Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren vorbereitenden Schritte für eine Realisierung der Maßnahme einzuleiten, die Finanzierung inklusive Fördermöglichkeiten zu prüfen und mit dem Zuwendungsgeber abzustimmen, entsprechende Mittel in den Haushalt einzustellen, einen Zeit-Maßnahmenplan zu erstellen und einen Planungsbeschluss vorzubereiten.

Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt, die vorbereitenden Schritte für eine Realisierung der folgenden ÖPNV-Maßnahmen einzuleiten, die Finanzierung inklusive Fördermöglichkeiten zu prüfen und mit potentiellen Nahverkehrsträgern/ Zuwendungsgebern abzustimmen, entsprechende Mittel in den Haushalt einzustellen, einen Zeit-Maßnahmenplan zu erstellen und einen Planungsbeschluss vorzubereiten:

- **Direkte Busanbindung von Glessen/Brauweiler nach Köln Weiden/West.**
- **Nachtbus ab Köln-Weiden Zentrum und S-Bahn Lövenich nach Widdersdorf in einem 1. Schritt und weiter nach Brauweiler in einem 2. Schritt**
- **Verbesserte Busanbindung von Frechen Gewerbegebiet Europapark/Marsdorf nach Weiden-West.**
- **Die Stadtbahnverlängerung von Weiden-West nach Widdersdorf.**

Zudem werden Verwaltung und Rat der Stadt Köln gebeten, sich in allen zuständigen Gremien für eine zügige Realisierung der Erft-S-Bahn von Köln nach Bedburg einzusetzen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.3 Zielkonzept Radverkehrskonzept Innenstadt 1801/2015

RM Hammer zeigt sich verwundert, dass die Bismarckstraße nicht in kompletter Länge im vorliegenden Konzept enthalten sei und bittet um Erklärung.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, führt aus, dass im dortigen Bereich ein dichtes Raster vorhanden sei und insofern keine zwingende Notwendigkeit gesehen wurde. Sofern dies vom hiesigen Ausschuss gewünscht werde, könne die Verwaltung die Bismarckstraße jedoch noch aufnehmen bzw. eine entsprechende Signatur einführen. Im weiteren Verfahren werden alle notwendigen Veränderungen geprüft, priorisiert und – in einer 2. Stufe – zum Beschluss vorgelegt.

SE Graf weist abschließend darauf hin, dass auch er die Aufnahme für sinnvoll halte. Man erhalte hierdurch einen Lückenschluss über die Ringe hinweg. Die Verbindung Bismarckstraße/Hildeboldplatz sei wichtig, um beispielsweise in das Gereonsviertel hineinzukommen.

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss nimmt den Netzentwurf als Zielkonzept für das Radverkehrskonzept Innenstadt zur Kenntnis und beschließt, dieses Netz als Grundlage für alle zukünftigen Planungen im Straßenraum zu verwenden **mit der Ergänzung:**

Die Verwaltung wird gebeten, die Bismarckstraße in das Konzept aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.4 Fahrbahnsanierung Ulrichgasse hier: Berücksichtigung Radverkehr 0293/2015

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 20.08.2015
AN/1228/2015**

RM Michel weist darauf hin, dass durch den Wegfall des U-turns an der Vorgebirgstraße nur noch die Möglichkeit verbleibe, vom Rechtsabbieger Ulrichgasse auf dem Sachsenring in den U-turn hineinzufahren und die CDU-Fraktion durch diese Einschränkung erhebliche Rückstauerscheinungen bis in die Kreuzung hinein befürchte. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt seien Probleme beim Verkehrsabfluss zu beobachten. Er bittet um eine Einschätzung der Verwaltung.

Seitens der FDP-Fraktion begründet RM Houben den schriftlich vorliegenden Änderungsantrag.

RM Hammer bittet um Mitteilung, ob der Fahrradstreifen, der lt. Planunterlage zum Karl-Berbuer-Platz abbiege, nicht vielmehr auf der Tel-Aviv-Straße weitergeführt werden sollte. Zudem rege er an, dem Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt zu folgen.

RM Weisenstein begrüßt die vorliegende Verwaltungsvorlage; den Änderungsantrag der FDP-Fraktion lehne er hingegen ab – dieser sei von der verkehrspolitischen Intention nicht mehr zeitgemäß.

Bezugnehmend auf den BV-Beschluss weist SE Graf darauf hin, dass es im Beschlusstext richtiger Weise „zu Lasten“ statt „zu Gunsten“ heißen müsse.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, räumt ein, dass der wegfallende Wender in der Tat schon jetzt hoch belastet sei. Mit der Sanierung der Straße werde jedoch auf der Ulrichgasse eine neue Lichtsignalanlage eingerichtet, die den Abbiegern auf dem Sachsenring mehr Freigabe bzw. Grünzeit gewähre – wenngleich die Stadtbahn eine Vorrangschaltung habe. Durch diese Maßnahme werden die von Herrn Michel skizzierten Probleme nicht auftauchen.

Den Vorschlag der FDP-Fraktion Parkstreifen einzurichten, könne die Verwaltung nicht empfehlen, da ein Sicherheitsabstand zu den Radfahrstreifen eingehalten werden müsse und als Konsequenz letztendlich der Gehweg zu schmal werden würde.

Zur Frage von Herrn Hammer führt Herr Harzendorf aus, dass die Tel-Aviv-Straße nicht Gegenstand der vorliegenden Planung sei und die dortige Radverkehrsführung somit zu einem späteren Zeitpunkt geplant werde.

Den Beschluss der BV Innenstadt sehe er eher kritisch, da dieser höhere Kosten als geplant verursache.

RM Michel zeigt sich von den Ausführungen nicht überzeugt und äußert seine Zweifel an der optimistischen Einschätzung der Verwaltung, dass es nicht zu Rückstaus kommen werde.

Herr Harzendorf sagt zu, Herrn Michel die detaillierten Zahlen und Daten zu der beabsichtigten Ampelschaltung zukommen zu lassen.

SE Köhler fragt, mit welchem Radius der Rechtsabbieger von der Ulrichgasse in den Sachsenring geplant wurde. Die vorliegende Planung erscheine ihm insbesondere für den Schwerverkehr sehr eng.

Herr Harzendorf kann den Radius zwar nicht genau benennen; durch die separate Rechtsabbiegespur und die Zweispurigkeit auf dem Sachsenring seien jedoch keine Probleme zu befürchten.

RM Hammer beantragt, die Fahrbahnen auf der Ulrichgasse durch entsprechende Abmarkierungen auf max. 3,00 m zu begrenzen, um der Gefahr einer neuen Raserstrecke vorzubeugen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Ausschussvorsitzender Wolter den Änderungsantrag der FDP-Fraktion und anschließend den modifizierten BV-Beschluss zur Abstimmung.

1. Beschluss (Änderungsantrag der FDP-Fraktion):

Der Verkehrsausschuss nimmt die Planung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, den Radverkehr in Form eines Radfahrstreifens auf der Ulrichgasse zu berücksichtigen. Die vorgelegte Planung wird dahingehend geändert, dass in beiden Richtungen jeweils

- die zwei verbleibenden Fahrspuren nur eine Breite von 3,00 m bekommen,
- mit dem gewonnenen Raum soweit wie möglich ein Parkstreifen – ggf. unter Einbeziehung der heute noch mit Pollern abgetrennten Bereiche der Gehwege für „Schulterparken“ – geschaffen wird und
- die Poller entlang der Gehwege entfernt werden.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die FDP-Fraktion

2. Geänderter Beschluss (entsprechend der Beschlussfassung der BV Innenstadt, modifiziert):

Der Verkehrsausschuss nimmt die Planung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, den Radverkehr in Form eines Radfahrstreifens auf der Ulrichgasse zu berücksichtigen und die Planung umzusetzen. ***Dabei ist eine Verbreiterung des Mittelstreifens zu Lasten der Fahrbahn zu prüfen. Die Fahrbahnbreiten werden auf max. 3,00 m festgelegt.***

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.1 Planung einer Lärmschutzwand am Baugebiet Josef-Kallscheuer-Straße in Köln-Sürth 0254/2015

- Die Vorlage wurde zurückgezogen.

5.2 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Im Langen Bruch/Bruchfeld von Im Langen Bruch 19 bis Bruchfeld 22 in Köln-Brück 2209/2015

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Im Langen Bruch/Bruchfeld von Im Langen Bruch 19 bis Bruchfeld 22 in Köln-Brück in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.3 Vierzehnte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom
29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages
2324/2015**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die Beitragsbedarfsberechnungen (Anlagen 3-5 zu diesem Beschluss) zur Kenntnis.

Der Rat beschließt den Erlass der 14. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages – Erschließungsbeitragsatzung – vom 29. Juni 2001 in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.4 247. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt
Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8
Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2425/2015**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretungen ohne Einschränkung zustimmen und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der 247. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.5 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Drehbrücke Deutzer Hafen
Planungsleistungen für die Generalsanierung
2150/2015**

RM dos Santos Herrmann merkt an, dass die Drehbrücke Deutzer Hafen in den vergangenen Jahren auffällig oft repariert bzw. saniert werden musste. Sie bittet daher um Mitteilung, wie es mit den Einfach- bzw. Hauptuntersuchungen bei dieser Brücke

aussehe, d.h. ob es nicht sinnvoller sei, die nächste Untersuchung abzuwarten und mit weiteren etwaig erforderlichen Reparaturmaßnahmen zusammen zu legen.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, teilt mit, dass die letzte Hauptprüfung im Juni d.J. durchgeführt wurde und deren Ergebnisse in die vorliegende Planung mit aufgenommen werden. Gravierende Schäden seien jedoch nicht entdeckt worden. Die Maßnahmen der vergangenen Jahre seien verschiedene Reparaturen gewesen; nun handele es sich um eine Generalsanierung.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, wenn die Bezirksvertretungen Innenstadt und Porz uneingeschränkt zustimmen und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat erkennt den Bedarf zur Sanierung der Drehbrücke Deutz und der damit verbundenen Planungsleistungen an und beauftragt die Verwaltung vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung mit der Vergabe der Planungsleistungen an externe Ingenieurbüros und Prüfinstitute. Die Realisierung der Planung erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplanes.

Die benötigten Planungsmittel in Höhe von 160.400,00 € sind im Haushalt 2015 (incl. Finanzplanung 2016 bis 2018) im Teilergebnisplan 1202, Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Haushaltsjahr 2015 veranschlagt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 6.1 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe, Haltestelle Rathaus
Verlängerung des Aufzuges bis zur Ebene Bürgerstraße und Verlegung
in das "Rote Haus"
Hier: Nachfragen aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am
25.08.2015 und der Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft
am 31.08.2015
2784/2015**

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7 Mitteilungen der Verwaltung

- 7.1 Umgestaltung der Kalker Hauptstraße in Köln - Kalk
2217/2015**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 7.2 Erstellung eines integrierten Handlungskonzeptes (IHK) "Starke Veedel -
Starkes Köln:
mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten" für die neue EU-**

**Förderperiode 2014-2020 im Rahmen des Aufrufs der Landesregierung "Starke Quartiere - starke Menschen" - Gemeinsamer Aufruf zu den Programmen des EFRE, des ELER und des ESF (2014-2020) zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung
2489/2015**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Roß-Belkner spricht die unter Ziff. 2.8 aufgeführte Radschnellwegverbindung in den Kölner Süden an und bittet um nähere Erläuterung.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt mit, dass es sich hier um die seit Jahren gewünschte Fortsetzung von Rondorf in Richtung Meschenich handele. Die Realisierung sei allerdings nicht ganz einfach, da hier Grunderwerb erforderlich sei.

**7.3 Unfallhäufungen und tödliche Verkehrsunfälle des Jahres 2014 im Kölner Stadtgebiet
hier: Mündliche Nachfrage zur City-Light-Säule (CLS) an der Einmündung Subbelrather Straße/Abfahrt von BAB A57 in der Sitzung am 25.08.2015, TOP 7.6
2625/2015**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.4 Busbahnhof Breslauer Platz – Nutzung der freiwerdenden Fernbuswartepplätze ab November 2015
2799/2015**

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt.

RM dos Santos Herrmann merkt an, dass die SPD-Fraktion die Planungen der Verwaltung durchaus akzeptieren könne, sofern es sich lediglich um eine temporäre Übergangslösung bis zur Bebauung der Platzfläche handele und die verstärkte Nutzung durch Taxis - und damit Bevorzugung - keine rechtlichen Konsequenzen haben werde.

RM Hammer und Vorsitzender Wolter betonen, dass sie über die Vorgehensweise der Verwaltung verärgert seien. Sie hätten von den Planungen erst aus der Presse erfahren und die nun vorliegende Mitteilung sei mehr als dürftig. RM Hammer kündigt an, dass die Bezirksvertretung Innenstadt in ihrer kommenden Sitzung am Donnerstag daher eine Beschlussvorlage zu den Planungen der Verwaltung fordern werde. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüße diese Forderung und möchte darüber hinaus eine Beteiligung des hiesigen Ausschusses sowie des Stadtentwicklungsausschusses. Ein Ortstermin im Vorfeld dieser Beschlussvorlage sei unerlässlich.

Die RM Weisenstein und Houben äußern ihr Unverständnis und massive Kritik über die Absichten der Verwaltung; insbesondere vor dem Hintergrund, dass erst wenige Tage zuvor der Vertrag mit dem Flughafen Köln/Bonn über den neuen Fernbusbahn-

hof im Rat verabschiedet worden sei und die Verwaltung zu diesem Zeitpunkt noch nichts über ihre kurzfristigen Planungen habe verlauten lassen.

RM Michel betont hingegen für die CDU-Fraktion, dass er den Vorschlag der Verwaltung unterstütze. Angesichts der teilweise chaotischen Verkehrszustände in der Zufahrt am Breslauer Platz erwarte er hier sogar ein Eingreifen der Verwaltung.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, entschuldigt sich zunächst für die verspätete Information der Politik. Er betont, dass es sich in der Tat um eine temporäre Lösung handle. Die Verwaltung wolle die verbleibende Nutzung lediglich neu und optimiert ordnen, um die Verkehrsabläufe zu verbessern. Die heutige Verkehrssituation sei nicht mehr akzeptabel. Die Veränderungen sollen im Wesentlichen durch Markierungen und Beschilderungen vorgenommen werden.

Derzeit arbeite die Verwaltung auch noch an der Planung zur Verlegung der unterirdischen Versorgungsleitungen; hier habe man voraussichtlich Ende des Jahres Gewissheit.

Abschließend sagt Herr Harzendorf zu, den gewünschten Ortstermin kurzfristig zu organisieren und auf entsprechenden Wunsch der Bezirksvertretung eine entsprechende Beschlussvorlage vorzubereiten. Er selbst werde in der Sitzung Rede und Antwort stehen.

8 Mündliche Anfragen

8.1 Bau des Parkhauses Porz-Wahn Mündliche Anfrage des RM dos Santos Herrmann

RM dos Santos Herrmann berichtet, dass der heutigen Ausgabe des Kölner Stadtanzeigers zufolge der Baubeginn des Parkhauses Wahn kurz bevorstehe. Sie sei etwas irritiert und verärgert, dass der hiesige Ausschuss hierüber keine Mitteilung erhalten habe.

Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, informiert, dass auch die KVB selber von dem Artikel überrascht war. Die Finanzierung sei noch nicht gesichert, ggf. werde die Maßnahme in das Kommunale Investitionsprogramm des Bundes aufgenommen. Unabhängig hiervon sei das Projekt jedoch weiter vorangetrieben worden, so dass voraussichtlich im Oktober die Baugenehmigung beantragt und im kommenden Jahr mit dem Bau begonnen werden könne. Die Dauer werde jedoch länger als 1 Jahr betragen.

8.2 Kommunales Investitionsprogramm Mündliche Anfrage des RM dos Santos Herrmann

RM dos Santos Herrmann bittet um Mitteilung, ob es schon eine Priorisierung der Verkehrsprojekte gebe und in welchem Umfang die Verwaltung mit einer Bewilligung rechne.

8.3 Baumaßnahme Kämpchenshof Mündliche Anfrage der SE Wienke

SE Wienke weist darauf hin, dass die Ampelanlage vom Kämpchenshof in die Maybachstraße hinein nach wie vor nicht funktioniere. Zudem werde die ins Parkhaus füh-

rende Spur – wie auch hier schon berichtet – zunehmend als Parkfläche genutzt. Letztendlich fehle auch noch die zugesagte Auframpung in der Maybachstraße.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, sagt zu, sowohl den Hinweis auf die defekte LSA als auch auf die fehlende Auframpung mitzunehmen. Das verkehrswidrige Parken falle in die Zuständigkeit des Amtes für öffentliche Ordnung; diese werde er erneut um verstärkte Überwachung bitten.

Die Verwaltung werde nach Prüfung schriftlich berichten.

8.4 Induktionsschleifen an Ampelanlagen Mündliche Anfrage des RM Hegenbarth

RM Hegenbarth bittet aufgrund einer Bürgeranfrage um Mitteilung, inwieweit Induktionsschleifen für das Überfahren von roten Ampeln ertüchtigt werden können.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, verneint diese Frage. Die Verwaltung benötige hierfür geeichte Systeme, damit die Verkehrsüberwachung der gerichtlichen Überprüfung standhalte.

8.5 Sachstand zur Bus-Anbindung der Zollstock-Arkaden Mündliche Anfrage des RM Heuser

Auf Frage des RM Heuser teilt Frau Mauksch, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, mit, dass vor kurzem ein Ortstermin mit Seniorenvertretern sowie Vertretern der Verwaltung und der KVB stattgefunden habe. Die hierbei diskutierten Varianten werden in Kürze in einer Beschlussvorlage dargelegt. Die Verwaltung werde empfehlen, eine weitere Haltestelle auf dem Linienweg der 131 im Bereich der Piuskirche einzurichten.

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 15 Mitteilungen der Verwaltung**
- 16 Mündliche Anfragen**

BM Andreas Wolter
(Ausschussvorsitzender)

Angela Krause
(Schriftführerin)